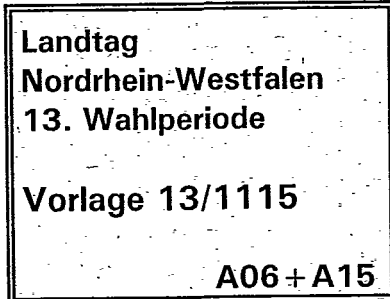


Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)

Einzelplan 04 - Justizministerium

Drucksachen 13/1400, 13/1700 und 13/1790

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Rechtsausschusses

Beschlussempfehlung

Der Einzelplan 04 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Rechtsausschuss hat den Einzelplan 04 in seinen Sitzungen am 26. September, 31. Oktober und 28. November 2001 beraten.

B Anträge der Fraktionen

Die Anträge der Fraktionen sind aus der Anlage ersichtlich. Die Begründungen zu den jeweiligen Anträgen und die Einzelabstimmungsergebnisse sind ebenfalls in der Anlage aufgeführt.

C Gesamtabstimmung

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 04 unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge und Ausklammerung der personalrelevanten Titel mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP vom Ausschuss angenommen.

Dr. Robert Orth
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2002

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/11115

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p>von 3 000 000 EUR</p> <p>um 3 000 000 EUR</p> <p>auf 0 EUR</p> <p>Begründung Die Gewährleistung der Sicherheit ist Aufgabe des Staates. Die notwendige Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften darf daher keine Aufgabe privater Dienstleistungs-unternehmen sein. Dies kann eine Aufgabe von Angestellten im Polizeidienst sein, deren Dienstherr der Innenminister ist.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	FDP	<p>Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>neue Titelgruppe 90 Verstärkung der Inneren Sicherheit</p> <p>Die Titelgruppe erhält folgende Haushaltsvermerke:</p> <p>1: Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. 2: Die bei Titel 972 00 ausgebrachte Globale Minderausgabe in Höhe von 18, 2 Mio. EUR darf nicht im Rahmen dieser Titelgruppe erwirtschaftet werden.</p> <p>Begründung Die Innere Sicherheit zu gewährleisten ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Die Ereignisse des 11. September 2001 haben noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig Maßnahmen zur Herstellung der Inneren Sicherheit sind. Gleichzeitig wurde auch deutlich, dass die Terrorismusbekämpfung die Herausforderung der Gesellschaft in den nächsten Jahren sein wird.</p> <p>Die Landesregierung hat ein zweites Anti-Terror-Paket beschlossen. Dieses Paket sieht für den Einzelplan 04 keine weiteren Mittel vor. Die erste Ergänzungsvorlage sah im Hinblick auf das Ziel der Steigerung der Inneren Sicherheit lediglich Mittel für die Sicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften vor. Die Landesregierung berücksichtigt damit einen wichtigen Teil zur Gewähr-</p>	<p>Im Ausschuss wurde nur über die Einrichtung der neuen Titelgruppe 90 und die Haushaltsvermerke der neuen Titelgruppe 90 abgestimmt (ohne die Begründung)</p> <p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein</p> <p>Nach Ablehnung wurde eine Abstimmung über den Einzeltitel als erledigt betrachtet.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 2		<p>leistung der Inneren Sicherheit überhaupt nicht. Statt dessen muss im Einzelplan 04 noch eine Globale Minderausgabe von 18,2 Mio. Euro erwirtschaftet werden.</p> <p>Der Bereich der Justiz wird aber einen wichtigen Beitrag zur Terrorismusbekämpfung leisten können und müssen. Dieser Bereich darf nicht vernachlässigt werden, wenn man ernsthaft an der Bekämpfung und Verfolgung von Terroristen interessiert ist. Zum anderen muss der Schutz bei den Gerichten erhöht werden, da zu erwarten ist, dass vermehrt Verfahren gegen Menschen mit terroristischem Hintergrund geführt werden oder aber über das Verbot von Vereinen mit einer Nähebeziehung zu terroristischen Ansätzen.</p> <p>Daher muss die Innere Sicherheit auch im Einzelplan 04 Berücksichtigung finden. Die Baransätze der Titelgruppe sollen von der Globalen Minderausgabe allerdings nicht betroffen sein, um in dem Bereich der Inneren Sicherheit tatsächlich etwas erreichen zu können.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 2		<p>Begründung Wenn Terrorismus ernsthaft bekämpft werden soll, muss man an der Wurzel anfangen. Das bedeutet, dass die Geldquellen von Terroristen aufgespürt und das Geld abgeschöpft werden müssen.</p> <p>Mit der Hilfe von 19 Staatsanwälten (für jeden LG-Bezirk in Nordrhein-Westfalen eine Staatsanwältin oder einen Staatsanwalt mehr), die im Bereich der Geldwäsche eingesetzt werden sollen, wird man im Bereich der Bekämpfung der Geldwäsche Erfolge erzielen können. In den meisten Staatsanwaltschaften ist die Zahl der Staatsanwälte, die sich mit Geldwäsche befassen, bisher zu gering. Eine Verstärkung ist hier zumal vor dem Hintergrund notwendig, dass der vorgelagerte Bereich die Arbeit der Polizei verstärkt und ergänzt wird durch neue Spezialisten für Geldwäsche bei der Finanzverwaltung.</p> <p>Da Erfahrung in dem Bereich der Bekämpfung der Geldwäsche sehr entscheidend ist, sollen die Staatsanwälte sich ausschließlich mit Geldwäsche befassen.</p> <p>11 Staatsanwälte, 10 Richter und 10 Amtsanwälte sind notwendig zur Verstärkung der Inneren Sicherheit. Die Fallzahlen bei den Gerichten mit aufwendigen und schwierigen Verfahren wird steigen. Es werden bei erfolgreicher Arbeit der Polizei vermehrt Anordnungen für Durchsuchungen und Beschlagnahmen getroffen</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 2		<p>werden müssen, da mit steigenden Deliktszahlen zu rechnen ist. Die 10 Amtsanwälte sollen die insgesamt 30 neuen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte unterstützen und entlasten. Zur Bewältigung der neuen Herausforderung sind 10 Stellen für Schreibpersonal unerlässlich.</p> <p>Die 19 Staatsanwälte, die im Bereich der Bekämpfung der Geldwäsche tätig sind, werden sich im Rahmen ihrer Abschöpfungsfolge selbst finanzieren. 110 Einstellungsermächtigungen für Justizvollzugsangestellte sind neben den bereits im Haushalt ausgewiesenen Einstellungsermächtigungen notwendig zur Kompensation der zum 30.06.2001 weggefallenen 112 Stellen. Diese Forderung ist nicht nur im Hinblick auf die Fortsetzung der Forderungen zum Haushalt 2001 konsequent, sondern auch im Hinblick auf die Angaben der Mittelbehörden (Vollzugsämter). Danach reichen die im Haushaltsentwurf enthaltenen Einstellungsermächtigungen nicht aus.</p> <p>Hinzu kommt, dass nach Angaben des Innenministeriums sich etwa 100 Schläfer in Nordrhein-Westfalen aufhalten. Sollten nur einige wenige aufgegriffen werden, würde sich die Gefährdungslage in den Gefängnissen enorm erhöhen. Hier kann nur eine Verstärkung des Personals die Gefährdung vermindern.</p> <p>Da es sich um eine Reaktion auf die veränderte Lage im Bereich der Inneren Sicherheit handelt, werden die Stellen kw zum 31.12.2005 gestellt.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 2		<p>Titel neu 971 00 Globale Mehrausgabe für Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit</p> <p>neuer Ansatz 5 000 000 EUR</p> <p>Begründung Die Mittel sollen den notwendigen Freiraum schaffen, um je nach Entwicklung, z. B. mit erhöhten Sicherheitsanforderungen auf veränderten Bedingungen reagieren zu können.</p> <p>Es sollen die Sicherheitsvorkehrungen bei den Gerichten erhöht werden können und zwar auch z. B. bei den Verwaltungsgerichten, denn dort werden u. a. Vereinsverbote verhandelt werden. Außerdem werden Mittel aufgewendet werden müssen, um mehr Dolmetscher im Rahmen der Post- und Telefonüberwachung in den Gefängnissen zu gewährleisten, in denen Menschen aus bis zu 40 verschiedenen Nationen inhaftiert sind.</p> <p>Es sollen außerdem Fortbildungen der Mitarbeiter im Hinblick auf Innere Sicherheit und Integration mit diesen Mitteln finanziert werden können.</p> <p>Ferner sollen Mittel aufgewendet werden können, um einen teilweisen Ausgleich der Globalen Minderausgaben im Blick auf die allgemeine Bedeutung der Justiz für die Bekämpfung des Terrorismus.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 684 10 Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 1 278 000 EUR um 613 800 EUR auf 1 891 800 EUR</p> <p>Begründung: Die soziale Betreuung und Beratung in der Straffälligenhilfe „lebt“ vom ehrenamtlichen Engagement. Die Erhöhung ist notwendig, um die wertvolle Projektarbeit nicht zu gefährden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft</p> <p>Titel neu 684 40 Zuwendungen zur Haftvermeidung an freie Träger</p> <p>neuer Ansatz 205 000 EUR</p> <p>neue Erläuterungen: Aus diesem Titel werden Personal- und Sachkostenzuschüsse für freie Initiativen finanziert.</p> <p>Begründung Maßstabe e. V. hat erfolgreich nachgewiesen, dass Haftvermeidung in großem Umfang möglich ist und zu hohen Einsparungen im Landeshaushalt führt. Die Mittel sollen den Vereinen Maßstab e. V. Köln, soziale Aktion e. V. Bielefeld sowie der Initiative Haftvermeidende Hilfen bei der Diakonie Barmen in Wuppertal zur Durchführung ihrer Projekte dienen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für private Sicherheitsdienste</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p>von 76 000 EUR</p> <p>um 76 000 EUR</p> <p>auf 0 EUR</p> <p>Begründung</p> <p>Das Rechtsgutachten von Prof. Gusy aus dem Jahr 1999 hat die Grenzen des Einsatzes privater Sicherheitsdienste im Strafvollzug aufgezeigt. Der Beginn der Aufgabenübertragung an private Sicherheitsdienste in den Justizvollzugseinrichtungen ist abzulehnen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE nein</p>

Finanzministerium
des Landes Nordrhein - Westfalen

Anlage zu Vorlage 13/1115

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2002

Einzelplan 04: Justizministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 04: Justizministerium
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf Euro	mehr/ weniger Euro	neuer Ansatz Euro
04 210	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften			
684 10	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)	1.278.000	+ 613.800	1.891.800
684 40 (neu)	Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe Zuwendungen zur Haftvermeidung an freie Träger	0	+ 205.000	205.000
<u>Abschluss Einzelplan 04:</u>				
	Einnahmen	1.013.457.000	0	1.013.457.000
	Ausgaben	2.994.154.100	+ 818.800	2.994.972.900
	Verpflichtungsermächtigungen	105.113.200	0	105.113.200